

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 8/2012

Glück auf!



Comeback der Industrie

Wie sieht die Zukunft der Produktion in Europa aus?

PRO-GE

Inhalt:

DIE RÜCKKEHR DER PRODUKTION

Nur die Realwirtschaft ist eine solide Basis für Wachstum, das hat die Krise gezeigt. Für Europa bedeutet das, nach Jahren der Abwanderung die industrielle Produktion endlich wieder zu steigern. Die Rezepte dafür könnten allerdings unterschiedlicher nicht sein: Während einige mit Lohn- und Sozialdumping im internationalen Wettbewerb punkten wollen, sehen die Gewerkschaften in den hohen Sozialstandards Europas größte Stärke und fordern Investitionen statt weiteres Kaputtsparen.

Seiten 4 bis 9

KAKAO: AUSWEG FAIRER HANDEL

Dem Weltmarkt für Kakao droht eine selbstverschuldete Krise. Niedrig gehaltene Preise haben den Kakaoanbau unattraktiv gemacht. Höchste Zeit für ein Umdenken: Nur fairer Handel kann zu mehr Nachhaltigkeit führen.

Seite 11

CHEMIE MIT TRADITION

Donau Chemie kann auf über hundert Jahre Unternehmensgeschichte zurückblicken. Die „Glück auf!“ hat das Werk in Pischelsdorf besucht und den 70 ArbeiterInnen über die Schulter geschaut.

Seiten 16 und 17

WIE STEHT'S UM DIE GLEICHSTELLUNG?

Vor 20 Jahren trat ein umfassendes Gleichbehandlungspaket in Kraft. Die „Glück auf!“ hat genau unter die Lupe genommen, was seither in Sachen Gleichstellung weitergegangen ist und wo noch dringend etwas getan werden muss.

Seiten 12 und 13

ALLES NEU MIT JAHRESWECHSEL

Das neue Jahr bringt einige Verbesserungen für die LeiharbeiterInnen. Denn ab 1. Jänner treten sowohl die Lohnerhöhungen aus den Kollektivvertragsverhandlungen als auch neue gesetzliche Regelungen für die Arbeitskräfteüberlassung in Kraft.

Seiten 14 und 15

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 6623296-0, Fax: (01) 6623296-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Mathias Beer. Redaktion (glueck-auf@proge.at): Karin Prokop, Wolfgang Purer, Robert Wittek. MitarbeiterInnen: Martina Schneller. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, ÖGB, Fair Trade, Etuc, Alpentherme und Bergbahnen Bad Hofgastein. Rätzel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Blickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 18. Jänner 2013.

Reform des Monats

Pendlerpauschale NEU

2013 sollen die Förderungen für die PendlerInnen erhöht werden. Laut dem Regierungsplan ist vorgesehen, die Pendlerpauschale um ein „Kilometergeld“ zu ergänzen: Pro gefahrenem Kilometer gibt es künftig einen Euro als jährlichen Absetzbetrag vom Finanzamt zurück. Auch Teilzeit- und WochenpendlerInnen sollen künftig profitieren, und für WenigverdienerInnen gibt es ebenfalls eine Auffettung der Zuschläge. Arbeitgeber können weiters ihren ArbeitnehmerInnen ein Ticket für den öffentlichen Verkehr bezahlen. Dieses „Jobticket“ ist von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben befreit.

KURZ NOTIERT

Neuregelung der Kurzarbeit

Noch vor Ende des Jahres hat sich die Regierung auf eine Reform der Kurzarbeit geeinigt. Die Novelle gilt ab 1. Jänner. Für die Unternehmen wird Kurzarbeit günstiger. Die Arbeitgeberanteile für die Sozialversicherung übernimmt bereits ab dem fünften Monat der Staat. Für ArbeitnehmerInnen soll Qualifizierung während der Kurzarbeit einfacher und rascher möglich sein. Bei Kurzarbeit mit Qualifizierung werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung übernommen. Außerdem wird es einfacher, von der Kurzarbeit in Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen zu wechseln. Die Mitbestimmung von Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie Gewerkschaften bleibt entgegen den Vorschlägen der Industrie erhalten.

Ausweitung der Pflegefreistellung

„Mit der Ausweitung der Pflegefreistellung wird eine langjährige Forderung der PRO-GE Frauen Realität“, freut sich PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl. Künftig haben Eltern teile auch dann einen Betreuungsanspruch für ihr krankes Kind, wenn sie nicht im selben Haushalt wohnen. Auch in neuen Lebensgemeinschaften wie Patchworkfamilien bekommen die neuen PartnerInnen das Recht auf eine Freistellung, wenn ein Kind Pflege benötigt. „Mit der Veränderung unserer Gesellschaft in Bezug auf neue Lebensgemeinschaftsformen waren zeitgemäße Anpassungen durch den Gesetzgeber längst überfällig“, stellte Anderl fest.

Betriebsratsumfrage der AK ÖÖ

Rund 60 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden sehen die Gesundheit der Beschäftigten durch die Arbeitsbedingungen belastet. Die häufigsten gesundheitlichen Probleme schaffen nach Angaben der Betriebsrätinnen und Betriebsräte Termindruck, hohes Arbeitsvolumen, belastende Arbeitszeitformen und schwere körperliche Arbeiten. Nur ein Drittel gibt an, dass bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen auf die Bedürfnisse älterer Beschäftigter Rücksicht genommen wird. Die AK fordert die Einführung eines Bonus-Malus-Systems als Anreiz, um mehr ältere ArbeitnehmerInnen in Beschäftigung zu halten.

Termine Mitgliederversammlungen

In Vorbereitung des 2. Gewerkschaftstages der PRO-GE stehen weitere Termine für Mitgliederversammlungen fest:

Burgenland: 12. März 2013, 19.00 Uhr, im Gasthaus Fuchs, Hauptstraße 33, 7331 Weppersdorf

Kärnten: 11. April 2013, 18.00 Uhr, ÖGB/AK Kärnten, BIFO Saal 6, Bahnhofstraße 44, 9020 Klagenfurt

Bezirk Linz: 10. Jänner 2013, 11.00 Uhr, im Volksheim Doppl-Punkt, Haidfeldstraße 31a, 4060 Leonding



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

EUROPA BRAUCHT MEHR MUT UND SOLIDARITÄT

Das Jahr 2012 war für die ArbeitnehmerInnen in Europa sehr schwierig und hart. Die Schuldenkrise brachte Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Irland nahe an den Abgrund. Sie wird noch lange nicht ausgestanden sein. Die strikte Rotstiftpolitik in vielen europäischen Ländern hat zudem Massenarbeitslosigkeit zur Folge und geht einher mit Lohnkürzungen sowie Abbau von ArbeitnehmerInnen-Rechten. Lohndumping und Kollektivvertragsflucht führen aber in die Sackgasse. Europa und vor allem die Krisenländer brauchen Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wachstums. Es ist Aufgabe der EU und aller europäischen Regierungen, für die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu sorgen. Die rigide Sparpolitik hilft jedoch nicht eine Trendumkehr zu erreichen. Es braucht daher mehr Mut und Solidarität.

Österreich hat sich 2012 wirtschaftlich sehr gut geschlagen. Trotzdem geraten auch hier kollektivvertragliche und soziale Errungenschaften zunehmend unter Druck. Wenn zum Beispiel Arbeitgeber mehr Arbeitszeitflexibilisierung verlangen, dann bedeutet das für die Beschäftigten weniger Lohn für mehr Arbeit. Verhindert haben das Entschlossenheit und Solidarität der vielen starken Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie der aktiven Gewerkschaftsmitglieder der PRO-GE.

Eine Viertelmillion Mitglieder sind auch der Grund, warum wir viele wichtige Erfolge erzielen konnten: So werden wir etwa zum Jahresende rund 140 Kollektivverträge erfolgreich abgeschlossen haben – vom Agrarbereich bis zur Textilbranche, von der Arbeitskräfteüberlassung bis zur Zuckerindustrie. 2013 werden auch bessere gesetzliche Regelungen für die Leiharbeit in Kraft treten, federführend verhandelt durch die PRO-GE. Sie bringen mehr Information, mehr Absicherung und mehr Gleichstellung für die 65.000 LeiharbeiterInnen.

2013 warten neue Herausforderungen auf unsere Gewerkschaft und auch nächstes Jahr werden die Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen sicher keine Geschenke verteilen. Aber wir werden uns wieder mit aller Kraft für die ArbeitnehmerInnen einsetzen, denn unsere PRO-GE kann auf die Stärke ihrer Mitglieder und der Betriebsrätinnen und Betriebsräte bauen.

Ich wünsche allen schöne Festtage und ein erfolgreiches Jahr 2013.

Glück auf!
Rainer Wimmer



Arbeitsplätze der Zukunft

Comeback der Industrie in Europa

Der Kampf um die Industriestandorte wird international härter. Denn nicht die Finanzmärkte sind der Motor für Wachstum und hohe Wertschöpfung. Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie wichtig der Industriebereich für die gesamte Wirtschaft und für die Beschäftigungsentwicklung ist. EU und USA wollen den industriellen Anteil an der Wirtschaft wieder erhöhen.

Allerdings verschlechtert sich die Situation der ArbeitnehmerInnen in Europa kontinuierlich. Grund hierfür sind die Angriffe auf deren Rechte und Arbeitsbedingungen sowie die Umsetzung von Sparplänen der Regierungen: Senkung der Löhne, späteres Pensionseintrittsalter, Einschränkung von Gewerkschaftsrechten, Lockerung von Kündigungsbestimmungen, verstärkte Privatisierung. Daher mobilisiert auch die industriAll für einen Richtungswechsel – weg von wirtschaftlicher Deregulierung hin zu einer koordinierten europäischen Industriepolitik. Denn ohne diese kann weder die Krise bewältigt werden, noch können Maßnahmen zur Stärkung der industriellen Basis in Europa ergriffen werden.

LINKTIPP:

Mehr Informationen unter www.industriall-europe.eu

3,8 Mio. weniger Industrie-Beschäftigte in nur knapp fünf Jahren. Europa verliert immer mehr Anteile an der industriellen Produktion. Ende Juni 2012 lag die Industrieproduktion nach einer kurzen Erholungsphase zehn Prozent unter dem Niveau vor der Krise 2009. Vom Rückgang in der Industrie ist fast jedes Land in der Europäischen Union betroffen. Neben dem Beschäftigungsproblem hat die Industrie mit demografischen Veränderungen, den Umweltauflagen und dem internationalen Wettbewerb um Rohstoffe und Energie zu kämpfen. Jetzt scheint ein Umdenken in der Politik einzusetzen. Grund dafür ist auch die Wirtschaftskrise. Länder wie Deutschland oder Österreich haben die Krise am besten gemeistert. Während in anderen EU-Staaten seit 2009 Arbeitslosigkeit grassiert, konnte etwa Österreich 2011 wieder ein wirtschaftliches Rekordjahr verzeichnen.

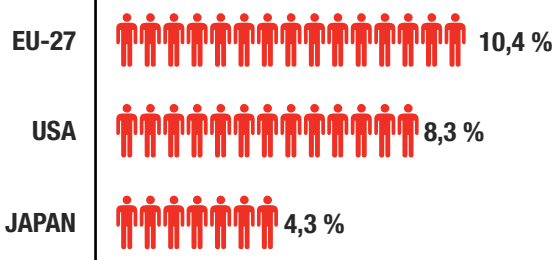
Renaissance der Produktion. Die USA wollen eine Renaissance der Produktion einleiten und locken unter anderem mit niedrigen Energiepreisen Investoren. Zuletzt hatte auch die EU-Kommission aufhorchen lassen: Ihr ehrgeiziges Ziel ist die Steigerung der EU-weiten Industriequote von 16 auf 20 Prozent. Die neue Re-Industrialisierungspolitik hat eine wichtige Aufgabe: Sie soll mehr Be-

schäftigung bringen. Die europäische Industrie beschäftigt heute rund 34 Millionen Menschen. Nach den Plänen der EU-Kommission sollen durch ihre Initiative 17,4 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Investitionen sollen vor allem Schlüsselindustrien, nachhaltige und umweltfreundliche neue Industriezweige (Biotechnologie) sowie die Umstellung auf umweltfreundliche Fahrzeuge fördern. Die europäische IndustriearbeiterInnengewerkschaft industriAll Europe unterstützt diese Offensive der EU-Kommission. Das Potenzial von neuen Technologien werde von der Kommission richtig erkannt, dennoch dürfe auch die Bedeutung der Grundindustrie (z. B. Stahlindustrie) in Europa nicht vernachlässigt werden.

Lohndumping kein Konzept. Die Auseinandersetzung darüber, wie mehr Industrie in Europa geschaffen werden kann, zeichnet sich bereits ab. Während für manche Branchen die weitreichenden Umweltauflagen hohe Kosten verursachen, sind diese für andere Industriezweige Grund zu mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung. Während

ARBEITSLOSENQUOTE (JULI 2012)

In Europa sind rund 25 Millionen Menschen ohne Beschäftigung.



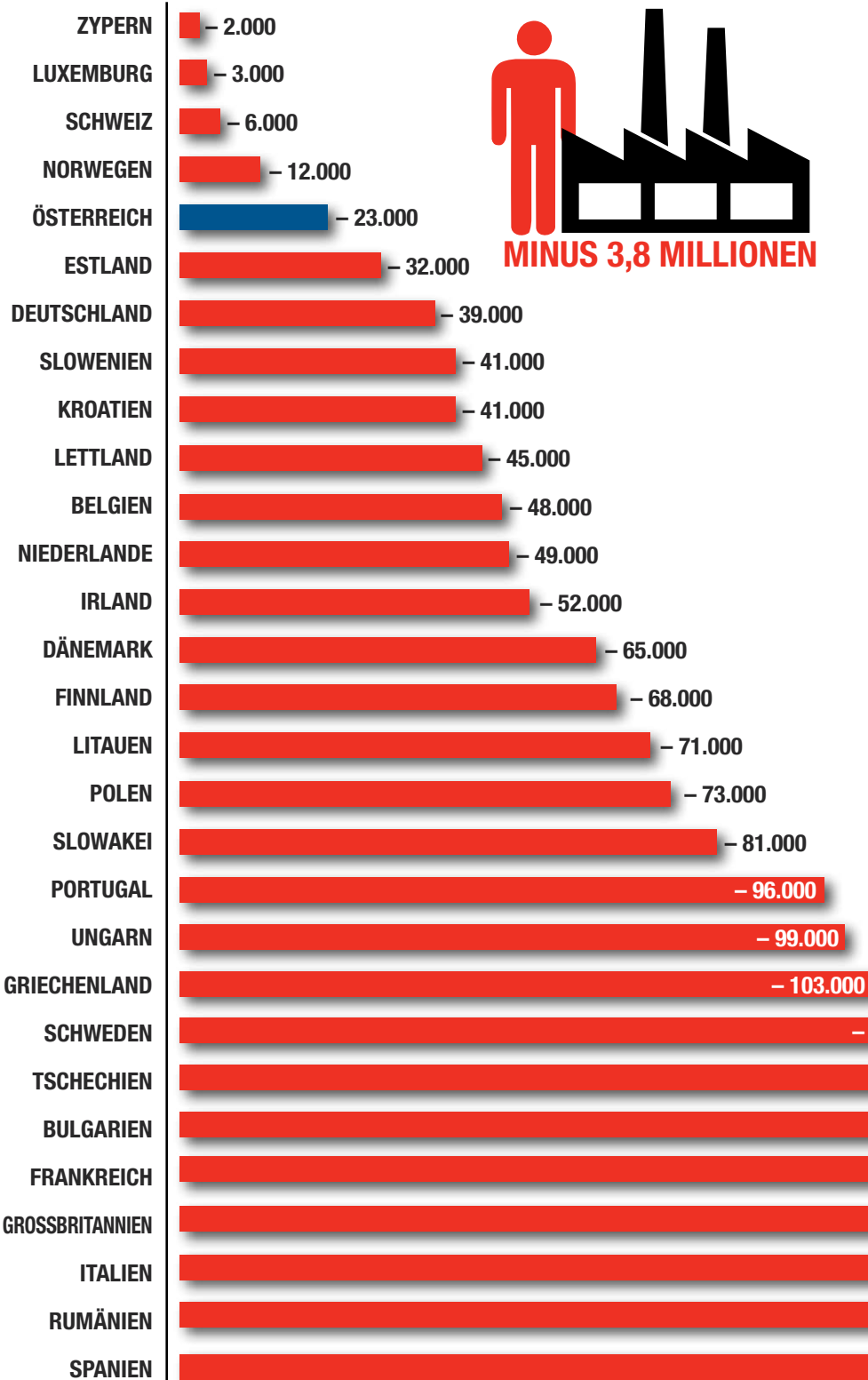
JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UNTER 25 JAHRE (JULI 2012)

Etwa 5,5 Millionen Jugendliche sind arbeitslos. In Griechenland und Spanien sind es mehr als 50 Prozent der unter 25-Jährigen.



ENTINDUSTRIALISIERUNG IN EUROPA (2007 BIS 2011)

Die Beschäftigung in der Industrie geht um zehn Prozent (2007 bis 2011) oder 3,8 Millionen zurück.





Arbeitgeber meist ihre Wettbewerbsfähigkeit etwa mit Senkung der Lohnkosten verbessern wollen, warnen die europäischen Gewerkschaften vor einer weiteren Prekariisierung der Arbeit. „Lohndumping und Kollektivvertragsflucht führen in die Sackgasse. Sparen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen ist der falsche Weg. Europa braucht Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wachstums“, betont PRO-GE Chef Rainer Wimmer anlässlich eines Aktionstages gegen die rigide Sparpolitik in Europa.

Talente ausbilden. Dass etwa Österreich den internationalen Kostenwettbewerb mit China oder Indien nicht gewinnen kann, leuchtet sogar Teilen der Wirtschaftskammer ein. Es sind die FacharbeiterInnen, die dem Standort Österreich am meisten helfen. Österreichische Lehrlinge gewinnen regelmäßig internationale Wettbewerbe, umso unverständlicher ist es, dass immer noch sehr viele Betriebe keine Lehrlinge ausbilden wollen. Ohne überbetriebliche Ausbildung wäre Österreich bei der Jugendarbeitslosigkeit wahrscheinlich nicht Europas Musterschüler.

Werkbank Europa. Die Automobilindustrie in Europa kracht. Nach Opel und Fiat haben auch PSA und Ford nach Umsatzeinbrüchen Werksschließungen in Europa angekündigt. Die Stahlkocher schließen wegen Überkapazitäten Standorte. Gute Jobs in der Lebensmittelindustrie werden immer seltener, denn der vom Handel ausgehende Preisdruck ist zu groß. Große Modeketten lassen schon lange in Asien produzieren. Die Margen der Konzerne steigen allerdings, die Löhne in Europa jedoch sinken. Sogenannte „Green Jobs“ werden den Arbeitsplatzverlust in der Industrie noch lange nicht wettmachen können.

Trotzdem gibt es eine gute Chance für die erfolgreiche Umsetzung von mehr Industrie in Europa. Die Situation in der Automobilbranche liefert den besten Beweis, dass der Sparkurs auf Kosten der Beschäftigten und sozial Schwachen in Europa verfehlt ist. Wichtig ist es, die Binnennachfrage in Europa durch mehr Kaufkraft der Beschäftigten zu steigern. Niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung und soziale Einschnitte drosseln den Privatkonsum – ein Auto wird unerschwinglich. Zudem braucht es mehr Geld für Forschung und Entwicklung. Investitionen in Bildung und Infrastruktur zahlen sich aus. Und nur Innovationen werden die Werkbank Europa wettbewerbsfähig machen.

– 333.000

– 418.000

– 469.000

– 550.000

– 706.000

„Europa lebt von Innovationskraft seiner Arbeiterschaft“

Ulrich Eckelmann, Generalsekretär von industriAll Europe, im Interview über Zustand und Zukunft der Industrie in Europa. Das Interview führte Martina Schneller.

Glück auf!: Die Produktion wandert immer mehr aus Europa ab. Wie real ist die Gefahr einer De-Industrialisierung?

Ulrich Eckelmann: Europa hat lange auf die Wachstumsversprechen der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft gesetzt und dabei die Produktion sträflich vernachlässigt.

Die Wirtschafts- und die Finanzkrise haben diese Verfehlungen

offengelegt, aber auch ein Umdenken herbeigeführt. Es ist nun das erklärte Ziel der EU-Kommission, den Beitrag der Industrie zum BIP von gegenwärtig 16 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. In Osteuropa sehen wir schon seit mehreren Jahren einen Anstieg der Industrieproduktion. Dieser Anstieg schlägt sich allerdings noch nicht auf die Lohnentwicklung und die damit

verbundene Kaufkraft und Wachstumschancen in diesen Regionen nieder. Wir müssen also auf eine möglichst einheitliche Entwicklung in Europa bedacht sein.

Wie soll eine alternative Industriepolitik in Europa aussehen, welches sind die wichtigsten Forderungen der industriAll?

Wir wissen, dass ein arbeitsplatzintensiver Aufschwung ohne Geld für Forschung und Entwicklungsprojekte in Wachstumsbran-

chen wie zum Beispiel dem Maschinenbau, einem nachhaltigen Energiesektor oder Bausektor nicht zu erreichen ist. Europas Staaten haben noch bei Weitem nicht alle Möglichkeiten der Erschließung weiterer

Steuerquellen ausgeschöpft, man denke nur an eine Finanztransaktionssteuer. Budgetkürzungen schaffen bei Investoren sicher-

lich kein Vertrauen, sondern sind besonders was die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht absolut kontraproduktiv und deshalb abzulehnen.

Die Automobilhersteller haben Werkschließungen und massiven Stellenabbau angekündigt. Wo liegen die Ursachen für die enormen Probleme?

Der Sektor befindet sich zurzeit in einer schwierigen Situation. Die Ursache liegt zum großen Teil in den Absatzeinbrüchen in Südeuropa, die im Wesentlichen auf die gegenwärtige Sparpolitik zurückzuführen sind. Wo strukturelle Schwierigkeiten bestehen, hauptsächlich in West- und Mitteleuropa, werden diese zum Vorwand genommen, um Kapazitäten abzubauen oder zu verlagern.

„ Wir müssen weiterhin für attraktive Arbeitsbedingungen in der Industrie sorgen. “

Bietet E-Mobilität einen Ausweg?

Elektromobilität ist eine Zukunftschance für die Automobilindustrie, aber kein All-

„ Budgetkürzungen schaffen bei Investoren sicherlich kein Vertrauen. “

Der studierte Volkswirt Ulrich Eckelmann war Leiter der Abteilung für Wirtschaft, Umwelt und Technologie der IG Metall und vertritt seit dem Gründungskongress von industriAll Europe im Mai 2012 als Generalsekretär die Interessen von über 7,1 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der europäischen Metall-, Chemie- und Energieindustrie.

heilmittel. Wir vertreten auch deshalb die Position, dass durch Regulierungsdruck die Innovationen und technologischen Entwicklungen angestoßen werden müssen.

Lassen sich auf lange Sicht Zugpferde wie die Automobilindustrie in Europa halten, wenn die Absatzmärkte in China und anderswo liegen?

Europa ist ein rohstoffarmer Kontinent und hat schon immer von der Innovationskraft seiner Arbeiterschaft gelebt. Es ist wichtig, sowohl die Standorte starker Branchen wie der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer in Europa durch gezielte Aus- und Weiterbildung weiterhin zu erhalten als auch intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln. Ich denke hierbei insbesondere an Bereiche wie den Maschinenbau oder den Energiesektor, auf die es in einer rohstoff- und energieeffizienten Zukunft besonders ankommen wird.

» Durch Regulierung müssen Innovationen angestoßen werden.«

Was können Gewerkschaften und Kollektivverträge für eine Re-Industrialisierung leisten?

Dazu gehört etwa, dass alle ArbeitnehmerInnen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten haben, um auf neue Herausforderungen des Arbeitsmarkts vorbereitet zu sein. Weiterhin müssen wir für attraktive Arbeitsbedingungen in der Industrie sorgen, damit es im Zuge des demografischen Wandels zu keinem Fachkräftemangel kommt. Tarifverträge und ihre

Reichweite spielen hierbei natürlich eine wesentliche Rolle.

Ist eine koordinierte europäische Gewerkschaftspolitik hilfreich?

Insbesondere in Krisenzeiten hat sich gezeigt, wie sehr die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa miteinander verbunden sind. Folgerichtig ist deshalb auf eine verstärkte gewerkschaftliche Koordinierung zu setzen, hierzu gehört selbstverständlich auch die Lohnpolitik. Bedingung hierfür ist aber, dass nationale Gewerkschaften diese Koordinierung wollen und tragen.



NEU: FINANZAMTSBESTÄTIGUNG ONLINE

Der Mitgliedsbeitrag ist von der Steuer absetzbar! Gewerkschaftsbeiträge sind als Werbungskosten von der Lohnsteuer voll absetzbar. Im Gegensatz zum Großteil der anderen Werbungskosten wirkt sich der Gewerkschaftsbeitrag nicht auf die Werbungskostenpauschale aus, sondern wird zusätzlich abgezogen. Wird der Beitrag bereits bei der Lohnauszahlung einbehalten, wird er automatisch auch bei der Lohnsteuerberechnung berücksichtigt.

Wird der Mitgliedsbeitrag selbst eingezahlt, z. B. per Erlagschein, kann er bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend gemacht werden. Das Finanzamt kann dann eine Bestätigung verlangen. Bisher wurden diese Bestätigungen von der PRO-GE per Post verschickt. Ab sofort können Finanzamtsbestätigungen für jedes Jahr über die Website der PRO-GE online erstellt, gespeichert und ausgedruckt werden!

Mehr unter www.proge.at/finanzamtsbestaetigung



ARBEITSKLIMA INDEX

Vor 15 Jahren hat die Arbeiterkammer Oberösterreich begonnen, die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten in Österreich systematisch zu erheben. Seither wird in regelmäßigen Abständen ein Arbeitsklima Index veröffentlicht. Dieser ist eine wichtige Grundlage für die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen und ein Spiegelbild der Zufriedenheit in der Arbeitswelt.

Arbeitszufriedenheit sinkt. Die jüngsten Index-Daten wurden erst vor Kurzem veröffentlicht. Demnach liegt der Arbeitsklima Index aktuell bei 108 Punkten und damit um zwei Punkte unter dem im Frühjahr 2010 erhobenen Wert. Allerdings ist die Arbeitszufriedenheit je nach Bundesland und Personengruppe sehr unterschiedlich. Auch MigrantInnen verzeichnen mit 99 Punkten einen unterdurchschnittlichen Indexwert, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass sie nach wie vor häufig unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind und rund ein Viertel weniger verdienen als Nicht-MigrantInnen.

www.arbeitsklima.at



BRAK-ABSOLVENTINNEN

Die BetriebsrätInnen-Akademie ist ein zertifizierter Lehrgang für die praktische Betriebsratsarbeit. Mit dem erfolgreichen Abschluss des 10. Lehrganges der BRAK haben die Betriebsrätinnen und Betriebsräte der PRO-GE ihr Wissen in Recht, Wirtschaft, Sozialpolitik und Sozialer Kompetenz erweitert. ÖGB-Präsident Erich Foglar (im Bild links) und PRO-GE Bildungssekretär Reinhard Altenhof (rechts im Bild) gratulierten den AbsolventInnen: v. l. n. r. Alexander Mück (Siemens AG), Peter Graf (Rheinmetall MAN Military Vehicles Österreich), Andrea Pawlek (3-S IT GmbH), Günter Drabek (SPDL Personaldienstleistungen), Christian Fraissl (Rheinmetall MAN Military Vehicles Österreich).

BUCHTIPP

DIE ZUKUNFTSWERKSTATT FÜR DIE 99 PROZENT

Überraschend und blitzschnell wuchs die Bewegung „Occupy Wall Street“ ab September 2011 zu einer internationalen Protestwelle heran – ein Phänomen, das gerade durch den absichtlichen Verzicht auf konkrete Forderungen so erfolgreich wurde. Der bloße Protest entfachte die Debatte und wurde besonders wegen seines mysteriös anmutenden Theoriedefizits kontrovers diskutiert.

Mit diesem Buch liefert Kalle Lasn, einer der Initiatoren von Occupy, nun ein Manifest der Bewegung wie auch ein Plädoyer für den Wandel.

Kalle Lasn: „No More Bullshit“

Riemann Verlag, 2012, 400 S., 30,90 Euro, ISBN 978-3-570-50145-0

Erhältlich in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21,

Tel.: (01) 405 49 98-132, E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Mit gutem Gewissen genießen

Fair schmeckt besser!

In der Vorweihnachtszeit steigt der Schokoladeverzehr wieder stark an. Allerdings geht es in der Welt der Schokolade und des Genusses nicht immer gerecht zu. Mit Dumpingpreisen und fehlender Nachhaltigkeit steuert der weltweite Kakaomarkt auf eine selbstverschuldete Krise zu. Einziger Ausweg: Mehr Fairness!

LINKTIPP:

Übersicht in Österreich erhältlichlicher FAIRTRADE-Produkte unter www.fairtrade.at/produkte

Eine Tafel Schokolade kostet heute etwa gleich viel wie vor circa 20 Jahren. Löhne und Rohstoffpreise sind aber gestiegen. „Diese Diskrepanz hat zu einer steten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt, sowohl beim Anbau auf den Plantagen als auch bei der Verarbeitung in der europäischen Schokoladeindustrie“, erklärt PRO-GE Branchensekretär Gerhard Riess, warum sich die Produktionsgewerkschaft seit Langem in einem internationalen Solidaritätsprojekt im Kakaobereich engagiert. Dabei kommen PlantagenarbeiterInnen und Kleinbauern aus den Anbauregionen sowie GewerkschaftsvertreterInnen aus Betrieben der Kakaoverarbeitung zusammen, um sich gegenseitig zu informieren, zu unterstützen und gemeinsamen den Kampf für eine gerechtere Welt im Kakaosektor voranzutreiben.

Wer profitiert? Die Kakaoproduktion wird weltweit von nur fünf großen multinationalen Konzernen dominiert. Auch die Kakaoverarbeitung hat sich in vielen Bereichen auf wenige Betriebe konzentriert und kleine sowie mittlere Unternehmen verdrängt. Die Konzerne arbeiten eng

mit den großen Handelsketten zusammen. „Schokolade ist in den Supermärkten zur Billigware ‚verkommen‘“, kritisiert Riess. „Dafür tragen auch wir als KonsumentInnen Mitverantwortung.“ Die billige Schokolade könnte die Branche allerdings noch teuer zu stehen kommen.

Kakaomarkt vor dem Kollaps. Denn durch die niedrigen Kakaopreise auf dem Weltmarkt können viele Kakaobauern kein existenzsicherndes Einkommen mehr erzielen. Dazu kommt der Zwischenhandel, der in einzelnen Ländern die Kakaobauern effektiv in den Ruin treibt. In der Elfenbeinküste bekommt etwa eine Kakaobauernfamilie nur 40 Prozent des Weltmarktpreises. Immer mehr geben den Anbau auf. Die Folge: Kakaobäume werden nicht ausreichend nachgepflanzt und bald könnte zu wenig Kakao vorhanden sein, um eine steigende Nachfrage zu bedienen. „Immerhin erkennen langsam auch die großen Konzerne, dass sie mit ihren bisherigen Strategien ihre eigene Rohstoffversorgung gefährdet haben und beginnen, sich mit dem Thema Nachhaltigkeit zu beschäftigen“, hofft Riess auf ein Umdenken.

Es geht auch anders. Wer auf gerechte Einkommen und nachhaltiges Wirtschaften Wert legt, muss heute aber nicht mehr auf Schokolade verzichten. Die Auswahl an hochwertigen und zertifiziert fair gehandelten Kakaoprodukten ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Den KonsumentInnen steht auch deutlich mehr Information über die Herkunft der Produkte zur Verfügung als früher. Dafür ein bisschen tiefer in die Tasche zu greifen zahlt sich aus, meint Riess: „Je höher die Qualität, umso größer der Genuss, und der steht bei Schokolade ja im Mittelpunkt. Und mit gutem Gewissen lässt es sich auch leichter genießen.“



Nur vom 15. bis 20. Jahr bringt ein Kakaobaum den vollen Ertrag. Wird nicht nachgepflanzt, sind die Auswirkungen daher noch lange spürbar.

Wissenswertes über Kakaoproduktion und -verarbeitung steht in der Kakaobroschüre, die beim Branchenbüro Genuss der PRO-GE (Tel.: 01/534 44-69590, E-Mail: genuss@proge.at) bestellt werden kann, und auf www.proge.at/projekte

20 Jahre Gleichbehandlungspaket

Die Realität zur Gleichstellung



Alljährlich im Oktober erscheint der Global Gender Gap Report. Er ist der Index für die Gleichstellung der Frauen. 2012 stellt der Bericht Österreich ein verbessertes Zeugnis aus. Doch trotzdem ist Skepsis angebracht.

LINKTIPP:

Mehr Information unter www.proge.at/frauen

Während der Gender Report beim Zugang zu Bildung und Gesundheit Positives zu berichten weiß, sind Frauen noch lange nicht wirtschaftlich gleichgestellt. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen haben Frauen auch 2012 aufgrund ungleicher Entlohnung insgesamt 87 Tage gratis gearbeitet.

Der Kampf um Gleichstellung hat eine lange Geschichte. Einen Ausgleich für die Benachteiligung am Arbeitsmarkt und die Doppel- und Dreifachbelastung berufstätiger Frauen bietet das frühere Pensionsantrittsalter. 1990 kam der Verfassungsgerichtshof jedoch zur Erkenntnis, dass dieser Unterschied verfassungswidrig ist. Gleichzeitig stellte er allerdings fest, dass es vor einer Anpassung zu einer Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft, Familie und Arbeitswelt kommen müsse und der Zeitraum für die Umsetzung dafür angemessen lang sein sollte.

Forderungen zur Angleichung. Gewerkschafterinnen formulierten daraufhin einen umfangreichen Maßnahmenkatalog, dessen Forderungen ihrer Ansicht nach vor der Angleichung des Frauenpensionsalters erfüllt werden sollten. Unterstützung bekamen sie von der damaligen Frauenministerin Johanna Dohnal, die – wie viele andere auch – folgende Erkenntnis als große Chance sah:

Gleichstellung beginnt nicht beim Pensionsantrittsalter, sondern bereits beim Berufseintritt. Gesetzgeber als auch die Sozialpartner waren dadurch zum Handeln gezwungen. Die Folge war das Bundesgesetz über das unterschiedliche Antrittsalter von Frauen und Männern, das auch verfassungsrechtlich abgesichert ist und Ende 2033 – mit der Angleichung – außer Kraft tritt.

Der Stabilitätspakt entfachte zu Beginn des Jahres 2012 erneut eine populistische Diskussion über das Pensionsantrittsalter. Dank breit gefächelter und u. a. von den PRO-GE Frauen ins Leben gerufener Aktionen konnten unsoziale Maßnahmen verhindert werden, und es gelang nachzuweisen, dass Gleichstellung noch lange nicht erreicht ist. Weit über 8.000 UnterstützerInnen haben den Verantwortlichen gezeigt, dass Frauenrechte nicht leichtfertig aus budgetären Gründen geopfert werden dürfen.

Weiterer Handlungsbedarf. Das Maßnahmenpaket aus dem Jahr 1993 enthielt zahlreiche Forderungen. Viele Gesetze und Novellen trugen diesen auch Rechnung. So wurde das Gleichbehandlungsgesetz mehrmals novelliert. Betroffene können sich heute besser gegen Diskriminierungen und Belästigungen in der Arbeitswelt wehren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung der Einkommenstransparenz. Die Sensibilisierung für geschlechtergerechte Einkommen wird allerdings noch Jahre dauern.

Trotz dieser Erfolge bleibt noch großer Handlungsbedarf, vor allem bei der ungleichen Entlohnung. Darüber hinaus ist ein flächendeckendes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen unabdingbar. Während sich die Lage in städtischen Bereichen in den vergangenen Jahren verbessert hat, fehlt es im ländlichen Bereich an Betreuungseinrichtungen, die es ermöglichen, dass Mütter einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen können. Eine Geschichte, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Interviews

Das Gleichbehandlungspaket

Irmgard Schmidleithner war als ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende und ÖGB-Vizepräsidentin 1992 maßgeblich für das Gleichbehandlungspaket verantwortlich. „Glück auf!“ hat sie dazu befragt.



Irmgard Schmidleithner, 1992

Welche Erinnerungen hast du an das Zustandekommen des Gleichbehandlungspaketes?

Gleich nach der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs im Dezember 1990 ging es darum, rasch Forderungen zu erarbeiten. Wir haben Verbündete in den politischen Fraktionen und Frauenbewegungen gesucht und die Forderungen im Parlament überreicht. Die Verhandlungen verliefen zäh. Nach überwältigender Unterstützung in den Bundesländern und Betrieben war auch die Wirtschaftskammer zu Gesprächen zu bewegen. Die Solidarität der Frauen in den Betrieben, Gewerkschaften und dem ÖGB war für mich bewegend. Dem gegenüber standen geringes Verständnis vieler Kollegen und überaus harte Verhandlungen mit dem Sozialminister und den Wirtschaftsvertretern. Wir verhandelten oft bis nach Mitternacht.

Wie ist aus deiner Sicht der Umsetzungsstand?

Es gibt durchaus Erfolge in den Betrieben und der Politik, wo der Frauenanteil zugenommen hat. Auch beim Einkommensunterschied kam es zu geringen Verbesserungen. Abgeschlossen ist das aber lange noch nicht. Leider haben prekäre Arbeitsverhältnisse stark zugenommen. Frauen benötigen oft mehrere Dienstverhältnisse, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder bestreiten zu können. Das führt zu einer verstärkten Armutsgefährdung. Ohne das Gleichbehandlungspaket wäre die Situation für die Frauen jedoch noch prekärer.

Warum lohnt es sich, auch weiterhin zu kämpfen?

Von einer Gleichbehandlung profitieren nicht nur Frauen, sondern auch Männer, Familien und die gesamte Gesellschaft. Dafür gilt es zu kämpfen. Je solidarischer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, umso eher wird das Ziel einer gerechten Gesellschaft erreicht.

Renate Anderl, PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende, hat gemeinsam mit den PRO-GE Frauen Anfang 2012 die Aktion „Gleichstellung darf nicht beim Pensionsalter beginnen“ gestartet. Über 8.000 Unterschriften wurden gegen eine vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters und für Gleichstellung im Berufsleben gesammelt. Eine Anhebung konnte verhindert werden.



Renate Anderl, 2012

Viele PolitikerInnen behaupten, das frühere Pensionsantrittsalter ist eine Diskriminierung für Frauen und hindert sie an einem höheren Lebenseinkommen. Stimmt das?

Ich sehe das anders. Frauen können heute fehlende Versicherungszeiten nicht nachholen. Die Anhebung des Frauenpensionsalters verlängert den Durchrechnungszeitraum für die Pensionsberechnung, genau diese Zeiten fehlen. Zusätzlich lässt die Bereitschaft der Wirtschaft, ältere Arbeitnehmerinnen zu beschäftigen, zu wünschen übrig. Ein Drittel der Frauen wechselt aus der Arbeitslosigkeit in die Pension. Die Arbeitslosigkeit verringert die spätere Pension. Frauen, die eine Anhebung des Frauenpensionsalters fordern, sind hoch qualifiziert beschäftigt und wollen natürlich auch aufgrund ihrer Qualifikation länger beschäftigt werden. Das können sie natür-

lich auch jetzt. Es gibt kein Gesetz in Österreich, das sie daran hindert.

Welche Maßnahmen müssen umgesetzt werden, damit bis 2024 Gleichstellung – also das Ziel des Gleichbehandlungspaketes – erreicht werden kann?

Priorität hat für mich bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Frauen müssen von ihrer Arbeit existenzsichernd leben können. Außerdem benötigen wir betriebliche Gesundheitsförderung, um Frauen auch länger und gesund in Beschäftigung halten zu können.

Was bedeutet für dich echte Gleichstellung?

Echte Gleichstellung ist erreicht, wenn es zukünftig keine Diskussion darüber gibt, ob sich Frauen oder Männer ihrem Kind widmen. Das heißt, dass auch Betriebe immer damit rechnen werden müssen, dass sowohl Mutter als auch Vater ihren Vereinbarkeitspflichten nachkommen können. In der Arbeitswelt sind wir dann zufrieden, wenn es keine Einkommensunterschiede mehr gibt. Der Equal Pay Day muss der 31. Dezember werden.



KV-Abschluss Arbeitskräfteüberlassung

Mehr Lohn für LeiharbeiterInnen

Um 3,4 Prozent steigen die Mindestlöhne ab 1. Jänner 2013. Gleichzeitig treten neue gesetzliche Regelungen in Kraft, die LeiharbeiterInnen mehr Rechte bringen.

Nur in Österreich schützt ein flächendeckend gültiger Kollektivvertrag die Rechte der LeiharbeiterInnen. Seit 2002 nimmt die Gewerkschaft PRO-GE damit europaweit eine Vorreiterrolle ein. Bei der diesjährigen Kollektivvertragsrunde erreichte die PRO-GE eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 3,4 Prozent. Damit beträgt der KV-Mindestlohn 1.427,92 Euro. „Der vorliegende KV-Abschluss sichert den Beschäftigten eine Realloohnerhöhung und stärkt damit die Kaufkraft“, stellt PRO-GE Verhandlungsleiter Peter Schleinbach fest.

Alles neu mit Jahreswechsel. Der neue Kollektivvertrag gilt ab 1. Jänner 2013. Gleichzeitig treten auch Änderungen im Arbeitskräfteüberlassungsgesetz in Kraft. Die neuen Regelungen enthalten viele von der PRO-GE angeregte Verbesserungen und bringen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mehr Schutz und mehr Rechte sowohl am Arbeitsplatz als auch zwischen Überlassungen.

Der bessere Mindestlohn gilt. Für LeiharbeiterInnen ist auch der Kollektivvertrag der Branche wichtig, in die sie überlassen sind. Denn zur Anwendung kommt der jeweils höhere Mindestlohn des für den Beschäftigerbetrieb geltenden Kollektivvertrags oder des Arbeitskräfteüberlassungs-KV. Für bestimmte Hochlohnbranchen müssen darüber hinaus sogenannte Referenzzuschläge bezahlt werden.

Der Abschluss im Überblick:

KV-Löhne steigen um 3,4 %
 Neuer Mindestlohn 1.427,92 Euro
 Überzahlung des Grundlohnes bleibt aufrecht
 Erhöhung der Zulagen und Zuschläge um 3 %
 Erhöhung des Taggeldsatzes bei mehr als fünf Stunden auf 13,20 Euro

Die neuen Mindestlöhne:

- BG F Techniker: 16,28 Euro
- BG E Qualifizierter Facharbeiter: 13,22 Euro
- BG D Facharbeiter: 11,53 Euro
- BG C Qualifizierte Arbeitnehmer: 10,25 Euro
- BG B Angelernte Arbeitnehmer: 9,12 Euro
- BG A Ungelernte Arbeitnehmer (zulässig nur im ersten Jahr der Betriebszugehörigkeit): 8,53 Euro

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. November: Malzindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.671,29 Euro; KV-Zulagen +3,0 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; innerbetriebliche Zulagen +3,0 Prozent.

Ab 1. Dezember: Suppenindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.484,23 Euro; Lehrlingsentschädigungen und Dienstalterszulagen +3,0 Prozent; Überzahlungen bleiben aufrecht; Weihnachtsremuneration ist mit den neuen Lohnsätzen zu berechnen.

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn LK 4 1.518,03 Euro; Erhöhung der Dienstalterszulage in fünf Kategorien; Erhöhung der Zehrgelder und Lehrlingsentschädigungen; Gesamtabschluss beträgt somit 3,1 Prozent; Begünstigungsklausel für Beibehaltung der Überzahlung; Weihnachtsremuneration wird mit dem höheren Lohn nachverrechnet.

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.568,13 Euro; Dienstalterszulagen, Verkaufsprovisionen und Zehrgelder +3,0 Prozent; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; die euromäßigen Überzahlungen bleiben voll aufrecht; Weihnachtsremuneration wird mit den neuen Lohnsätzen verrechnet.

Ab 1. Jänner: Gablonzer Industrie und Gewerbe: KV-Löhne +3,1 Prozent, neuer Mindestlohn 1.113,68 Euro; Internatskosten für Lehrlinge müssen so ersetzt werden, dass dem Lehrling zumindest die Hälfte der Lehrlingsentschädigung verbleibt.

Korrektur zu „Glück auf!“ 7/2012: Großbäcker: KV-Löhne und Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent.

Alle KV-Abschlüsse der PRO-GE: www.lohnrunder.at



Bessere Chancen für LeiharbeiterInnen

Neues Gesetz stärkt die LeiharbeiterInnen

Viele Beschäftigte, die zuerst Zeitarbeit leisten, werden auch in den Beschäftigtenstand der Unternehmen übernommen, behaupten die Leiharbeitsfirmen. Studien zeigen jedoch, dass die Chance auf eine Fixanstellung in der Realität gering ist.

LINKTIPP:

Alle neuen Regelungen im Detail auf www.leiharbeiter.at

Laut einer aktuellen Studie des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung (RWI) werden in Deutschland gerade einmal sieben Prozent der LeiharbeiterInnen von ihren Beschäftigern übernommen. In Österreich stehen die Chancen kaum besser, wie eine bereits 2009 veröffentlichte Studie von L&R Sozialforschung zeigt. Mit zwölf Prozent lag die Übernahmequote nur unwesentlich über der für Deutschland erhobenen.

Verbesserung durch neues Gesetz. Dass Leiharbeit der oft behaupteten Sprungbrettfunktion in reguläre Beschäftigung künftig stärker gerecht wird, erwartet sich PRO-GE Bundessekretär René Schindler durch die Neuerungen im Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) ab 1. Jänner. „Beschäftigterbetriebe müssen ab dann ihre Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verpflichtend über offene Stellen im Betrieb informieren“, erläutert Schindler. „Jede Benachteiligung bei der Übernahme ist eine verbotene Diskriminierung.“

Weiterbildung stärkt. Eine Möglichkeit, die Chancen von LeiharbeiterInnen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sieht die RWI-Studie in verstärkter Weiterbildung. „Auch in diesem Bereich stehen in Österreich deutliche Verbesserungen bevor“, sieht Schindler die Änderungen im AÜG indirekt bestätigt. Mit dem neuen Sozial- und Weiterbildungsfonds sollen LeiharbeiterInnen sowohl Stehzeiten für Aus- und Weiterbildung nützen als auch Kurse zur Facharbeiterausbildung absolvieren können. Außerdem werden Beschäftigter verpflichtet, die Teilnahme überlassener Arbeitskräfte an internen Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen.

Arbeitskräfteüberlassungsgesetz

Mehr Information, mehr Absicherung, mehr Gleichstellung: Überblick der wichtigsten Änderungen ab 1. Jänner:

- Bekanntgabe des Einsatzendes spätestens 14 Tage im Voraus
- Genaue Aufschlüsselung der Entlohnung in der „Einsatzinformation“
- Vorabinformation über sicherheitsrelevante Anforderungen
- Sozial- und Weiterbildungsfonds: Unterstützung in Stehzeiten und geförderte Weiterbildung
- Innerbetriebliche Gleichstellung bei Arbeitszeit, Urlaub und Sozialleistungen
- Schutz vor Diskriminierung: Keine „Rückstellung“ ohne guten Grund
- Maßnahmen für bessere Chancen auf Übernahme

Aktivkohle und deren Filter dient als Katalysator für die Aufnahme von Giftstoffen. Sie wird z.B. in der Wasseraufbereitung oder in Kraftfahrzeugen eingesetzt.

Betriebsreportage

Aktivkohle für den Umweltschutz

Die Donau Chemie kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Seit mehr als hundert Jahren ist das Unternehmen in der chemischen Industrie tätig. Auch das Werk in Pischelsdorf hat eine turbulente Vergangenheit. Heute weisen hohe Rauchfänge und große Chemieranlagen schon von weiten auf den Industriepark hin. Rund 70 Mitarbeiter sorgen unter anderem für die Erzeugung und Aufbereitung von Aktivkohle. Am Standort wird auch Schwefelsäure erzeugt, die anfallende Energie wird direkt genutzt, überschüssiger Strom verkauft.

Die qualifizierten Mitarbeiter in der Metallwerkstätte sorgen für einen reibungslosen Ablauf in der Produktion. Im Unternehmen werden auch Lehrlinge ausgebildet.



Der Betriebsrat pflegt guten Kontakt zu den MitarbeiterInnen. Ein gutes Arbeitsklima, aber auch ein respektvoller Umgang im Unternehmen ist für den Betriebsrat wichtig. Viele Sonderleistungen sind Ausdruck des sozialen Gewissens des Eigentümers, betont BRV Degen.





Betriebsrat Gerhard Lebel ist auch für die Wartung der vielen Nutzungsfahrzeuge zuständig.

In einer eigenen Werkstatt für „Gummi“ werden vor allem die Förderbänder gewartet. Förderbänder sind in der chemischen Produktion essentiell.



Eine Holzverarbeitung mit qualifiziertem Personal steht für die Instandhaltung bereit.

Besonders stolz ist man auf die betriebseigene Feuerwehr. Aufgrund der Spezialisierung müsste diese, auch bei eventuellen Chemieunfällen oder Notfällen in der Region ausrücken.



Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Herbert Degen (rechts) und seine Kollegen Alois Sauer (mitte) und Gerhard Lebel (links) vom Betriebsrat beim Werksrundgang. Qualifizierung und Arbeitssicherheit haben Vorrang.

Trotz Stress hat man an der Verladezone ein Lächeln übrig. Es gibt auch Leiharbeiter im Unternehmen.

Angst vor Schmutz, darf man bei der rauen Tätigkeit im Freien nicht haben. Gearbeitet wird im Vollschiebtbetrieb rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr.





Neue Kampagne der Österreichischen Gewerkschaftsjugend

Mach mit beim Sprücheklopfen!

Drei Themen stehen im Fokus der aktuellen Kampagne der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ): Berufsorientierung, Gewaltprävention und Beteiligung am politischen Geschehen.

LINKTIPP:

Alles über Kampagne und Gewinnspiel unter www.oegj.at/spruecheklopfen

Die Themen gehen auf eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend zurück. Eine Steilvorlage, die die ÖGJ ohne Zögern aufnimmt: „Die meisten Jugendlichen sind mit diesen Themen bereits in Berührung gekommen – gerade wenn sie eine Lehre machen oder beginnen wollen“, erklärt Manuel Koller, Bundesjugendsekretär der Produktionsgewerkschaft, warum die ÖGJ auf die volle Unterstützung der PRO-GE Jugend zählen kann.



Gewalt beenden. Es beginnt nicht erst beim Faustschlag: Auch sexuelle Belästigung, anzügliche Bemerkungen und regelmäßige Beleidigungen sind Gewalt. Und Gewalt macht krank, besonders wenn man nicht so leicht entkommen kann: Mobbing oder sexuelle Belästigung kommen am Arbeitsplatz häufig vor.

Deshalb: Setz dich für einen respektvollen Umgang miteinander ein und melde Missstände, anstatt sie hinzunehmen. Und vor allem: Sei kein Lulu! Denn nur Schwächlinge müssen auf Gewalt zurückgreifen, um Konflikte zu lösen.

Gemeinsam die Zukunft gestalten. Die Möglichkeiten zur Mitbestimmung gehen weit über das Kreuzerl auf dem Wahlzettel hinaus. Engagiere dich im Jugendvertrauensrat, um ganz konkrete Verbesserungen für junge Kolleginnen und Kollegen in deinem Unternehmen zu erreichen. Erst recht, wenn es in deinem Betrieb noch keine Jugendvertretung gibt: Die PRO-GE Jugend unterstützt dich mit voller Kraft bei der Gründung eines Jugendvertrauensrates.

Deine Stimme wird besser gehört, wenn du sie gemeinsam mit anderen erhebst. Die Gewerkschaftsjugend bietet dir viele Möglichkeiten dazu: Bei Diskussionen, Aktionen und Demos oder Gesprächen mit SpitzenpolitikerInnen. Werde Gewerkschaftsmitglied und wir gestalten die Zukunft gemeinsam!

Mitmachen und gewinnen. Wenn auch dir etwas an diesen Themen liegt, mach mit beim Sprücheklopfer-Wettbewerb: Organisiere dir die Sticker mit den Sprüchen und wirf dich damit für ein Foto in Pose. Wer die Fotos bis 28. Februar auf Facebook hochlädt, kann unter anderem ein Wochenende im Hotel Bad Hofgastein der PRO-GE Urlaubs- und Seminar GmbH gewinnen.

Alles, was Recht ist

Nachtschwerarbeit: Schau auf die Beiträge!

Wer lange Zeit Nachtschwerarbeit leistet, hat ab dem 57. Lebensjahr Anrecht auf das „Sonderruhegeld“. Dafür muss der Arbeitgeber für Zeiten der Nachtschwerarbeit auch einen erhöhten Sozialversicherungsbeitrag zahlen. In einem Fall, wo der Arbeitgeber das unterlassen hat, erreichte die PRO-GE ein richtungsweisendes Urteil.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/recht

Anrecht auf ein Sonderruhegeld in Höhe der Invaliditätspension haben ArbeitnehmerInnen ab 57 und bis zum Antritt einer regulären Pension, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen. Voraussetzung dafür ist, dass in den letzten 30 Jahren mindestens die Hälfte der Zeit – also 15 Jahre oder 180 Monate – oder im gesamten Arbeitsleben 12 Jahre (240 Monate) Nachtschwerarbeit geleistet wurde. Anerkannt werden Monate, für die der bei Nachtschwerarbeit erhöhte Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung entrichtet wurde.

Beiträge vorenthalten. Im Fall von Samir C.* ist genau das nicht passiert. 25 Jahre war er als Maschinenführer bei einem Unternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie tätig, den Großteil davon auch in Nachtschwerarbeit. Nur den dafür fälligen Zuschlag zur Sozialversicherung hat sein Arbeitgeber nie entrichtet. Das Unternehmen bestritt, dazu verpflichtet gewesen zu sein:

Samir C. habe nie Nachtschwerarbeit geleistet, außerdem seien alle eventuellen Ansprüche bereits verjährt.

Nachzahlung aus eigener Tasche. Ersteres ließ sich widerlegen. Samir C. konnte nachweisen, dass genügend Monate als Nachtschwerarbeit zu werten sind. Aber auch aus Sicht der zuständigen Gebietskrankenkasse waren die ausständigen Beitragszahlungen bereits verjährt. Der Arbeiter hatte damit zwar Anspruch auf das Sonderruhegeld, musste dafür aber die fehlenden Beiträge aus eigener Tasche nachzahlen.

Erfolgreiche Klage. Mit Unterstützung der PRO-GE Rechtsabteilung klagte Samir C. seinen ehemaligen Arbeitgeber auf Schadenersatz und bekam Recht. Die Fälligkeit der Beiträge gegenüber der Sozialversicherung war verjährt, nicht jedoch der Anspruch auf Schadenersatz. Dessen Verjährungsfrist kann nämlich erst ab dem Zeitpunkt zu laufen beginnen, ab dem der Geschädigte Kenntnis des Schadens erlangt. Nach Berufung durch den Arbeitgeber wurde das positive Urteil der ersten Instanz vom Oberlandesgericht bestätigt. Inklusive Zinsen erhielt Samir C. über 7.800 Euro zurück.

Richtungsweisendes Urteil. Für die PRO-GE Rechtsabteilung ist der Fall noch aus einem weiteren Grund ein Erfolg. Das Urteil könnte sich als Präzedenzfall in ähnlich gelagerten Fällen als wertvoll erweisen. Trotzdem empfiehlt Robert Hauser, Leiter der PRO-GE Rechtsabteilung, bei Nachtschwerarbeit immer gleich



zu überprüfen, ob die Sozialversicherungsbeiträge korrekt abgeführt werden, und sich im Zweifelsfall an Betriebsrat oder Gewerkschaft zu wenden: „Nur so sind alle Ansprüche wirklich sichergestellt, und den mühsamen Gang vor Gericht erspart man sich auch.“

* Name von der Redaktion geändert

Die ExpertInnen der PRO-GE-Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der
Tel.-Nr. (01) 534 44-69142 bzw. per E-Mail an
recht@proge.at gerne weiter.

Achtung Kamera

Seit Anfang Oktober werden die Lehrlinge bei Nernak Linz von einem neuen Jugendvertrauensrat vertreten. Alle neuen Lehrlinge wissen, dass sie bei der PRO-GE gut aufgehoben sind, und stärken die Gewerkschaft mit ihrer Mitgliedschaft. Im Bild: der neue JVR Nico Oboril, seine Stellvertreterin Julia Pröll, die neuen Lehrlinge sowie der Betriebsratsvorsitzende Andreas Schmitt.



Vor den Vorhang: Gute Arbeit muss gewürdigt werden. Gemeinsam mit dem ÖGB NÖ vergab die AKNÖ heuer zum ersten Mal den großen Preis für BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Die Auszeichnung wurde am 11. November überreicht. „Glück auf!“ gratuliert den GewinnerInnen.



Vertreter der slowakischen Gewerkschaft ECHOZ haben den Info-bus der PRO-GE besichtigt. Zu einem weiteren Erfahrungsaustausch in gewerkschaftlicher Betriebsbetreuung trafen sich BetriebsrätInnen und Betriebsräte der Firma Zizala Lichtsysteme GmbH Wieselburg und GewerkschaftsvertreterInnen aus der Slowakei. Ein guter Austausch, von dem beide Seiten profitieren.



Frauenpower. Ende September fand im Südburgenland ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch in wirtschaftlichen und frauenpolitischen Fragen zwischen einer Frauendelegation der ungarischen Metallgewerkschaft VASAS und den PRO-GE Frauen statt.



Der Bundesvorsitzende der PRO-GE Rainer Wimmer würdigte bei der Jubilarehrung in Salzburg Mitglieder für die langjährige Treue zur Gewerkschaftsbewegung. Fast 300 Mitglieder konnten bei dem Festakt eine Auszeichnung entgegen gewürdigt werden konnten.





Zeit für Weiterbildung

Rekord: 3.390 Stunden für bessere Ausbildung

Über zweitausend Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben sich 2012 an der gewerkschaftlichen Weiterbildung der PRO-GE beteiligt und damit für einen neuen Rekord gesorgt. Es ist dies eine Investition, die sich für die tägliche Betriebsratsarbeit im Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort lohnt.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/bildung

In insgesamt 3.390 Seminareinheiten standen Experten der PRO-GE zu Themen wie Arbeitsrecht, Kollektivvertrag, Lohnverrechnung, Kommunikation, Sozialrecht, Wirtschaft, Arbeitszeit und Internationales im heurigen Jahr Rede und Antwort. Spezialthemen wie Burn-out oder Suchtprävention fanden dabei besonderen Zuspruch bei den Betriebsrätinnen und Betriebsräten. 670 Seminarstunden wurden für die Ausbildung der jüngsten Vertretungsgruppe, jener der Jugendvertrauensrätinnen und -räte, verwendet.

„Lehre“ für BetriebsrätInnen. Die gewerkschaftliche Grundausbildung

setzt sich aus den Grundkursen BR 1, BR 2 sowie BR 3 zusammen und schließt mit einem Zertifikat ab. „Die Absolvierung der Grundausbildung für Betriebsrätinnen und Betriebsräte ist wie der Lehrabschluss eines Lehrlings zu sehen. Erst nach dieser Ausbildung kann die Betriebsratstätigkeit qualifiziert und gut ausgeübt werden“, unterstreicht Peter Schissler, Bundessekretär der PRO-GE, den Stellenwert der Grundausbildung.

Diplome. Betriebsrätinnen und Betriebsräte, welche die Grundausbildung abgeschlossen haben, können sich durch Spezial- bzw. Diplomseminare ein breiteres Wissen aneignen. Um ein Diplom der Gewerkschaft PRO-GE zu erhalten, müssen sechs Seminare aus sieben vorgegebenen Themenblöcken erfolgreich absolviert werden. Das dauert in den meisten Fällen einige Jahre. Dennoch werden bereits 2012 einige Kolleginnen und Kollegen die Diplomausbildung abschließen. Die Diplome werden den erfolgreichen AbsolventInnen Anfang

des Jahres 2013 in einem feierlichen Rahmen überreicht werden.

Akademien. Elf BetriebsrätInnen unserer Gewerkschaft absolvierten im Jahr 2012 erfolgreich die zehnmonatige Ausbildung an der Sozialakademie, das umfassendste Bildungsangebot der Gewerkschaften, des ÖGB und der Arbeiterkammern. Die BetriebsrätInnenakademien in den Bundesländern besuchten 27 KollegInnen.

Seminare 2013

Das neue Bildungsprogramm ist da und kann ab sofort auch im Internet unter www.proge.at/bildung abgerufen werden. Neben der gewerkschaftlichen Grundausbildung bietet das Programm auch wieder Spezial- bzw. Diplomseminare für FunktionärInnen an. Anmeldungen sind direkt online oder schriftlich mit dem aktuellen Anmeldeformular per Post oder E-Mail an die Bildungsabteilung der PRO-GE möglich.
Tel.: 01/534 44-69237
E-Mail: bildung@proge.at



Hotel Bad Hofgastein

Ski und Therme in Gastein



PRO-GE
Urlaub & Seminar GmbH

Hotel Bad Hofgastein

Freie Termine: 20. März – 23. März 2013
24. März – 30. März 2013
30. März – 7. April 2013

Leistungen:

Freier Eintritt in die Alpentherme Gastein, freie Benützung von Sauna und Dampfbad im Haus, reichhaltiges Frühstücks- und Abendbuffet, 1 x wöchentlich Themenbuffet

Preise für Halbpension pro Person und Nacht für PRO-GE Mitglieder (exkl. Orts-/Kurtaxe)

Erwachsene	62,00 Euro
Kinder 6–15 Jahre	23,50 Euro
Jugendliche 15–18 Jahre	38,00 Euro

Aufzahlung für Kinderhalbpension (4–6 J.) pro Nacht 10 Euro. Aufzahlung für Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer pro Nacht und Zimmer 9 Euro.

Ski amadé Oster-Familienaktion

Ab 16. März 2013 kommt der Osterhase nach Ski amadé! Erleben Sie hautnah das amadé-Highlight für Familien! Beim gemeinsamen Skipasskauf ab einem 6-Tages-Skipass eines Elternteils fahren Kinder (1997–2006) frei.*



*6- bis 18-Tage-Skipass, Familiennachweis erforderlich.

Die Lifтанlagen Schlossalm–Angertal–Stubnerkogel sind bis 7. April 2013 geöffnet! Infos unter: www.skigastein.com

Gegen Saisonende gibt es spezielle Attraktionen und Highlights, welche den Familien-Skiurlaub noch abwechslungsreicher gestalten. Seien Sie dabei, wenn sich Ihre Kinder beim örtlichen Skirennen, den Mini-Playback-Shows und den lustigen Unterhaltungsprogrammen amüsieren.

INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub. Wie immer werden PRO-GE Mitglieder mit schulpflichtigen Kinder vorrangig berücksichtigt. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt in der PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen: PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

CARTOON:



Preisrätsel



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 18. Jänner 2013 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 7 Bankrott-Erklärung im Stil verfallener Gemäuer
- 8 Wer den ansetzt, denkt an Korrektur oder ans Sparen nur (siehe S. 3)
- 9 Nachtlokal nach Gewohnheit und Sitte? So ist jedenfalls nützlich!
- 10 Honigweinige Kurzform der New Yorker Oper
- 12 Sie haben an der Pferdezucht beträchtigen Anteil (Mz.)
- 13 Vergnügen, z. B. am Naschen – wofür's bei uns ein Branchenbüro gibt (siehe S. 11)
- 15 Aus dem Film von Hader & Dorfer kennt/ man diesen fernen Kontinent (auch erwähnt auf S. 4–7)
- 17 Eine Wissenschaft mit vielen Verbindungen, auf S. 16 z. B. zur Donau
- 18 Ei, was gehört unbedingt zum English Breakfast?
- 20 Globaler Handelsplatz, z. B. für Kakao (siehe S. 11)
- 22 Quasi frühere Affäre? Als Präferenz doch aktuell!
- 23 Nachmittagsbetreut: „Nach der Schule eilig fort/ muss ich nicht, ich bleib im –“

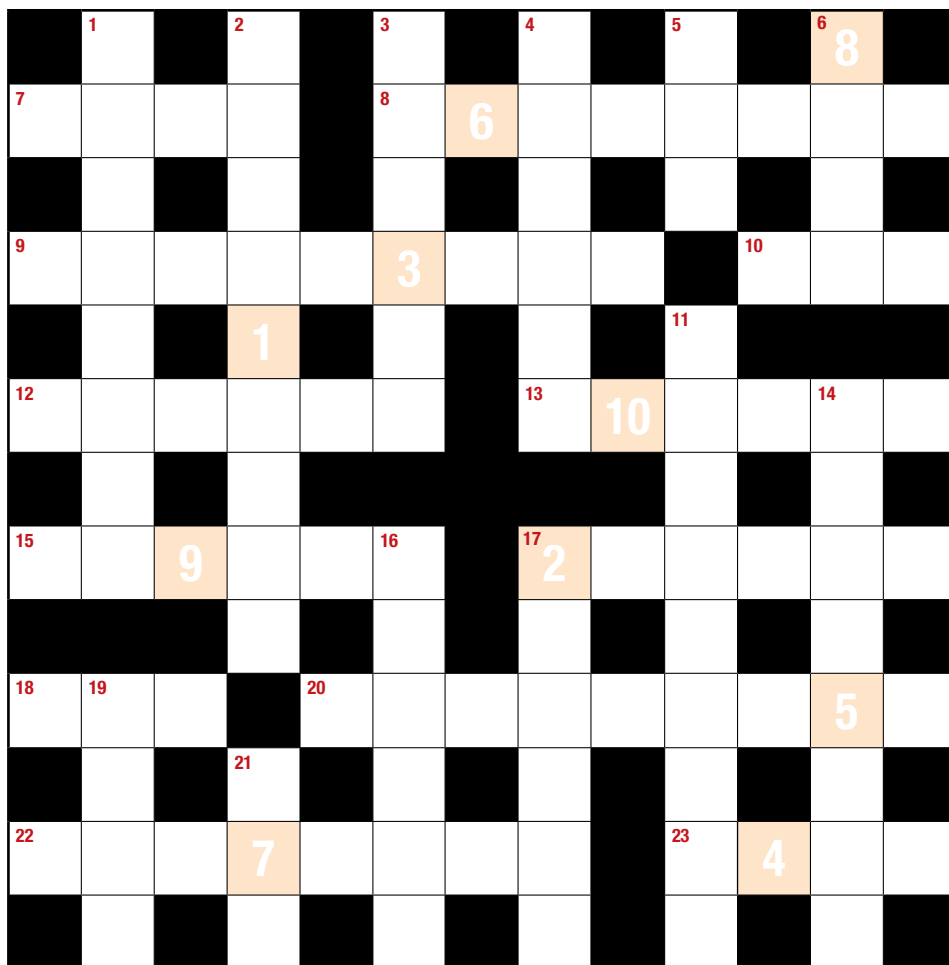
Senkrecht:

- 1 Hier steht, wen du anders auch als Prinzen rufst, nee? (Mz.)
- 2 Produktionsbranche, macht ihr Comeback laut S. 4
- 3 Echt spanend: auf der Werkbank rund(!)weg formgebendes Verfahren
- 4 Daran ist am besten gemeinsam zu ziehen
- 5 Abk. f. d. Verkehrsweg ähnelt anfangs auch 4 waagrecht
- 6 In der Giraffenherde fühlt er sich primatisch gut aufgehoben
- 11 Wenn man's kann so in etwa, ist's nicht schwer – die Lösung näherungsweise zu finden
- 14 Sie kannst du dir wohin picken: Vignetten auf feine englische Art (Mz.)
- 16 Womit sich das Schnupfenopfer explosiv Luft macht
- 17 Der Schneider(!) findet seine Karriere beim Film
- 19 Kommt unfein heraus, wenn ich dir umgekehrt was borg
- 21 Kosmische Ergänzung, mit der 10 waagrecht z. B. zum Schmiedeeisen wird



Zu gewinnen gibt es:
1 Mini-Backofen von Bomann

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine süße Lösung.



Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: ALTPAPIER

W: 1 SPASSE 5 LIEBER 8 FACHVERBAENDE 9 STUERMER 10 NAME 12 OKTETT 14 SPUERT 16 EMMA 18 FRASTANZ 20 SOZIALPARTNER 21 GRIFFE 22 MORITZ

S: 2 PRAKTIKUM 3 SCHIENE 4 ENEIM/MIENE 5 LIBEROS 6 BENYA 7 RIESE 11 MARINIERT 13 TAFELTE 15 UNTOTER 16 EISIG 17 MIZZI 19 ALARM

Die Gewinner aus Ausgabe 7 GLÜCK AUF!

Josef Maschler, 7312 Unterpetersdorf, Christian Eder, 2630 Ternitz

Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

Das war 2012



Einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Jahr 2013
wünscht das Redaktionsteam